

Zu diesem Heft

Im Zyklus an- und abschwellender Intensität inhaltsschwerer politischer Auseinandersetzungen erleben wir in der ersten Hälfte des Jahres 2000 eher ein Anschwellen der Intensität. Das hängt gewiss auch mit dem Tatbestand lang aufgeschobener, unter den Teppich gekehrter und ungelöster politischer Grundsatzfragen in Deutschland zusammen. Eine Auswahl davon bietet das vorliegende Heft 2 der GEGENWARTSKUNDE an: Brauchen wir ein „Einwanderungsgesetz“ • aktuell durch die „Kinder statt Inder“-Polemik im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf • Gentechnik und „Fortpflanzungsmedizin“, „Gewalt“, Krieg um Menschenrechte, staatliche Anerkennung auch nicht-christlicher Regionsgemeinschaften?

Sie finden die Erörterung dieser und weiterer wichtiger Themen wird wie üblich in der Zeitschrift nach unterschiedlichen Methoden aufbereitet.

So befasst sich Heiner *Adamski* in Form einer „Dokumentation“ kontroverser Stellungnahmen mit dem Thema „Einwanderungsgesetz für Deutschland“. Nach einem qualifizierten Aufriss der historischen Hintergründe und der bestehenden Rechtsgrundlagen, werden aktuelle politische Positionen präsentiert, die eigene Positionsbestimmungen (auch im Unterricht) ermöglichen sollen.

An Lehrerinnen und Lehrer vor allem richtet sich Bericht aus der unterrichtlichen Praxis zum Thema „Embryonenschutzgesetz“, behandelt in der Sek II für Sozialkunde und Biologie. Wie mittlerweile immer häufiger geschehen, sind die für dieses Thema und diesen Unterricht erforderlichen Materialien in das Internet gestellt. Damit wird eine wirklich gründliche Befassung mit einer sensiblen Thematik ermöglicht.

„Jugendgewalt in unserer Gesellschaft“ ist das Thema der wie immer umfassenden „Analyse“ von Siegfried *Lamnek* in diesem Heft. Hier findet man nicht nur eindrucksvolle und differenzierende Statistiken, sondern auch die reflektierende Deutung des Gewaltbegriffs sowie ausführliche und vertiefte Erklärungsmuster für Gewalt und Überlegungen zu Prävention und Prophylaxe, statt Repression, gegenüber diesem gesellschaftlichen Phänomen.

Durch eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts im Februar dieses Jahres über die Befugnis des Vereins „Islamische Föderation“, wie Katholiken und Protestanten Religionsunterricht an staatlichen Schulen anzubieten, wurde das Grundproblem „Soll Religion (besser) Privatsache werden“? einer breiteren Öffentlichkeit deutlich. Gegenwärtig sind beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) verschiedene Verfahren (weitere Stichworte: Zeugen Jehovas, LER in Brandenburg, „Kopftuchstreit“ in Baden-Württemberg) anhängig, die allesamt das in Deutschland traditionell eindeutig auf die christlichen Kirchen fixierte Verhältnis von Kirche und Staat zum Thema haben. Der Jurist Wolfgang *Janisch* berichtet und analysiert.

Die „Aktuellen Informationen“ beziehen sich diesmal auf eine Auswertung der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Wilhelm *Kne-langen* hat diese für die Zeitschrift verpflichtende Aufgabe übernommen. Die „Informationen“ enthalten desweiteren eine sehr fachkundige Studie über Geschichte und industrielle Verwertung des Werkstoffes „Asbest“, von Winfried *Roth*. Bestechend ist an diesem Beispiel die Verbindung Fragen der industriellen Verwertung, des Fortschritts und des interessen geleiteten Umgangs mit dem Risiko. Roland *Sturm* schließlich legt hier neueste Zahlen zur Entwicklung der Staatsverschuldung im letzten Jahrzehnt vor. Hier verbindet sich die solide Information mit der Möglichkeit, in dieser weiterhin wichtigen Frage gleichsam „am Ball zu bleiben“, d.h. die vielleicht vorhandenen eigenen Statistiken durch neuere Zahlen zu ersetzen oder zu ergänzen.

Sturms Information wird der, vom ehemaligen Mitherausgeber F.-W. Dörge begonnenen, besonderen Verpflichtung der GEGENWARTSKUNDE auf regelmäßig analysierte wirtschaftskundliche Themen gerecht. Hierzu kann in diesem Heft auch der „Brennpunkt“ gerechnet werden, der unter der vielleicht etwas befremdlichen Überschrift „Causa Euro“ von Hans-Hermann *Hartwich* die gegenwärtig alle Europaorientierten verstörende „Angelegenheit“ behandelt, dass der Euro immer stärker an Außenwert verliert. Ein Thema, das weit über die ökonomische Problematik hinausreicht.

Langjährigen Lesern der Zeitschrift sind sicher noch die vielen Beiträge von Erhard *Forndran* über internationale Sicherheitsfragen bekannt. Diesmal behandelt er in einem fachwissenschaftlichen Aufsatz die Frage: „Können und dürfen Menschenrechte militärische Interventionen begründen?“ Man muss nicht unbedingt seinen Definitionen und Bewertungen folgen, unstrittig ist, dass es sich hier um ein Thema von hoher Aktualität und mit dringlichem Diskussionsbedarf handelt. Treten doch in der Entwicklung der internationalen Beziehungen genau diese Fragen immer mehr an die Stelle der gewohnten, die der Landesverteidigung und der Sicherheitspolitik. Auch diese dienen im gewissen Sinne der Werteverteidigung. In der globalisierten Welt aber stößt diese Sichtweise auch an ihre Grenzen. Vor allem deshalb ist der Beitrag so wichtig.

Der fachwissenschaftliche Beitrag „Zwischen gezähmter Macht und gefordertem Engagement“ von Alexander *Siedschlag* resümiert die erste Dekade gesamtdeutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Ein guter und analysierender Überblick, der mit den Verpflichtungen der beiden deutschen Staaten vom 12. September 1990 („2+4-Vertrag“) in bezug auf den künftigen Waffeneinsatz beginnt und mit den Möglichkeiten und Grenzen einer eigenständigen Rolle Deutschlands als „Friedensstifter“ zwischen Kontinuitätswahrung und Neuorientierung endet.

Hinter der Überschrift „Deutschlandbild“ verbirgt sich eine auf das Thema „Die jungen Deutschen und ihr Deutschlandbild“ bezogene Auswertung der Shell-Studie „Jugend 2000“ von einem der Autoren dieser Untersuchung, Richard *Münchmeier*. Wie immer hat die Studie höchste Aufmerksamkeit in der genannten Öffentlichkeit gefunden. Hier geht es um Identitätsfragen, die Anfälligkeiten wegen der Vergangenheit, Zivilgesellschaft und das Verhältnis zwischen Deutschen und Ausländern einschließen. Dargestellt wird auch die Sicht ausländischer Jugendlicher auf Deutschland und die Deutschen. Das alles dürfte für die gesamte Leserschaft der Zeitschrift von besonderem Interesse sein.

Die Herausgeber